



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Stellv. Pressesprecher
Dr. Jörg Nickel

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0178/28 49 591

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 700.10 / 25.11.2010

Landesregierung ist verpflichtet Einnahmeausfälle durch die Brennelementesteuer zu verhindern

Zum Streit über die Verteilung der Einnahmen aus der Brennelementesteuer erklärt der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Detlef Matthiessen**:

Die Einführung der Brennelementesteuer darf nicht zu Einnahmeausfällen bei Ländern und Kommunen führen. Da die Brennelementesteuer von den AKW-Betreibern als Betriebsausgabe abgesetzt werden kann, ergeben sich Einnahmeausfälle bei der Körperschafts- und der Gewerbesteuer. Die Landesregierung muss im Bundesrat dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein und die Standortkommunen der Atomkraftwerke keine Steuereinbußen erleiden. Dazu ist die Landesregierung durch die Formulierung zur Schuldenbremse in der Landesverfassung verpflichtet.

Die Grünen begrüßen grundsätzlich die Einführung einer Brennelementesteuer um die steuerlichen Vorteile des Atomstroms gegenüber anderen Stromarten abzusenken. In der rot-grünen Regierungszeit auf Bundesebene wollten Bündnis 90/Die Grünen eine solche Steuer einführen, konnten sich aber gegenüber der SPD nicht durchsetzen.
